

Protokoll

Begrüßung

Peter Adrian eröffnet die Sitzung des DIHK-Präsidiums und begrüßt die Teilnehmenden. Er begrüßt insbesondere die Mitglieder des Ältestenrates Gabriele Hohenner, Burkhard Landers und Andreas Tielmann. Entschuldigt sind die Ehrenpräsidenten Ludwig Georg Braun und Dr. Eric Schweitzer sowie als Mitglied im Ältestenrat Friederike C. Kühn. Er begrüßt außerdem Uwe Goebel, Präsident der IHK Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim, der zum ersten Mal an einer Präsidiumssitzung teilnimmt. Er merkt an, dass Knud Hansen zu TOP 6 digital teilnehmen wird.

Peter Adrian stellt fest, dass die Tagesordnung am 3. März 2026 satzungsgemäß bereitgestellt wurde. An der Ordnungsmäßigkeit von Einladung und Tagesordnung werden keine Zweifel geäußert. Er stellt die Beschlussfähigkeit des DIHK-Präsidiums fest.

TOP 1: Protokoll der Präsidiumssitzung vom 26. November 2025

Peter Adrian erläutert, dass die Handelskammer Bremen am 13. Januar 2026 einen Antrag auf Änderung des Protokolls stellte. Die Änderungen wurden im Vorfeld dieser Sitzung zwischen der Handelskammer Bremen und der DIHK-Hauptgeschäftsführung einvernehmlich abgestimmt und werden dem Präsidium wie folgt vorgelegt.

Der ursprüngliche Absatz zwei unter TOP 2 lautet wie folgt:

Am anschließenden Austausch beteiligen sich Klaus Josef Lutz, Elmar te Neues, Markus Walden, Torsten Herrmann, André Grobien, Michael Waasner, Manfred Gößl, Klaus-Hinrich Vater und Helena Melnikov. Darin wird insbesondere die sehr negative Stimmung und schwierige Lage der Unternehmen in den Regionen unterstrichen. Darüber hinaus werden die prekäre Lage der kommunalen Finanzen sowie politische Bestrebungen zur Erbschaftssteuer und zur Erhöhung der Tarifbindung der Unternehmen angesprochen.

Durch die beantragte Änderung ändert sich der Absatz zwei unter TOP 2 wie folgt:

*Am anschließenden Austausch beteiligen sich Klaus Josef Lutz, Elmar te Neues, Markus Walden, Torsten Herrmann, André Grobien, Michael Waasner, Manfred Gößl, Klaus-Hinrich Vater und Helena Melnikov. Darin wird insbesondere die sehr negative Stimmung und schwierige Lage der Unternehmen in den Regionen unterstrichen. Darüber hinaus werden die prekäre Lage der kommunalen Finanzen, **sowie** politische Bestrebungen zur Erbschaftssteuer und zur Erhöhung der Tarifbindung der Unternehmen **sowie der geringe Investitionsanteil bei der Verwendung des sogenannten Sondervermögens** angesprochen.*

Beschluss

Der vorgeschlagenen Textänderung im Protokoll wird zugestimmt.

Ergebnis

Zustimmung: 29

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

TOP 2: Bericht des Präsidenten

Peter Adrian berichtet über die politische sowie wirtschaftliche Lage in Deutschland und im internationalen Vergleich und skizziert die wesentlichen Handlungsfelder. Er ordnet die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten ein und hebt hervor, dass die mögliche Verschärfung der Lage zusätzliche Risiken für Sicherheit, Energieversorgung sowie die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa mit sich bringt. Er verweist auf das weiterhin schwache Wirtschaftswachstum und betont die Notwendigkeit eines grundlegenden Reformprogramms der Bundesregierung, um in Deutschland wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu kommen.

TOP 3: Austausch zur aktuellen wirtschaftlichen und politischen Lage

Helena Melnikov greift die Ausführungen von Peter Adrian zur wirtschaftlichen Lage auf und lädt zum offenen Austausch zur Lage in den Regionen ein. Am Austausch beteiligen sich Manfred Gößl, Arne Rössel, Marcus Walden, Sebastian Stietzel, Jan Stefan Roell, Max Jankowsky und Andreas Engel. Es wird insbesondere die Erwartungshaltung an die Bundesregierung bezüglich wirtschaftspolitischer Reformen unterstrichen. Weitere Themen des Austauschs betreffen die Diskussion zur Ausbildungsumlage und deren Auswirkungen auf die Fachkräftesicherung, die Einschätzung der Energiewende im Südwesten sowie Fragen des Vertrauens in politische Entscheidungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Reformfähigkeit und der Verwendung des Sondervermögens.

TOP 4: Wirtschaftspolitische Kernthemen

Helena Melnikov benennt die Vielzahl der innen- wie geopolitischen Entwicklungen seit Jahresanfang. Polarisierende Diskussionen sowie die ständigen geopolitischen Veränderungen und der wachsende wirtschaftliche Druck auf die Unternehmen erfordern eine weiterhin präzise und faktenbasierte Einordnung und Positionierung der DIHK mit Sichtbarkeit, Substanz und belastbaren Aussagen.

Mit Blick auf die wirtschaftspolitischen Kernthemen 2026 unterstreicht Helena Melnikov die Dringlichkeit struktureller Reformen angesichts des seit Jahren schwachen Wachstums. Deutschland habe seit 2019 insgesamt nur rund 0,2 Prozent zugelegt, in den USA liege das Plus im gleichen Zeitraum bei etwa 15 Prozent, in der EU bei rund 7,5 Prozent, in Frankreich und Italien bei etwa 5 bzw. 6 Prozent. Der Reformstau betreffe inzwischen nahezu alle zentralen Handlungsfelder: von Rente, Gesundheit und Pflege mit ihren Auswirkungen auf die Lohnnebenkosten über Arbeitsmarkt, Fachkräftesicherung und Steuern bis hin zu Energiepreisen, Infrastruktur sowie Staatsmodernisierung und Digitalisierung.

Zugleich gelte es, kurzfristige Themen verlässlich zu bearbeiten, ohne die strategischen Weichenstellungen für den Standort aus dem Blick zu verlieren, und Debatten konsequent auf die Kernfragen zurückzuführen: Wettbewerbsfähigkeit, Investitionsbedingungen, Fachkräfte, Energie, Steuern und Bürokratieabbau. Die DIHK dringt daher mit Nachdruck darauf, dass die Bundesregierung jetzt zügig zu belastbaren Entscheidungen kommt und den Reformstau konsequent auflöst.

TOP 5: DIHK-Positionen

TOP 5 a: Erbschaftsteuer: Verschonung des Betriebsvermögens als Basis für Wachstum, Beschäftigung und Erhalt von Arbeitsplätzen

Rainer Kambeck stellt die Eckpunkte der DIHK-Position zur Erbschaftsteuer vor. Er verweist auf das BVerfG-Urteil von 2014, das die Verschonung des Betriebsvermögens bestätigte, aber eine Bedürfnisprüfung bei der Übertragung „hoher“ Betriebsvermögen forderte. Der Gesetzgeber führte dafür eine Schwelle von 26 Mio. EUR ein. Bewertungsfragen seien die große Herausforderung bei der Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen, da Unternehmensanteile oftmals keinen unmittelbaren Marktwert haben. Daraus resultiere auch die Komplexität der Regelungen. Die DIHK plädiert dafür, die bestehende Systematik beizubehalten und macht konkrete Vorschläge zur Vereinfachung, damit das Gesetz in der Praxis besser funktionieren könne.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Ulrich Caspar, Michael Waasner, Manfred Schnabel, Malte Heyne und Manfred Gößl. Thematisiert werden unter anderem politische Argumentationslinien zur Wirkung der Erbschaftsteuer auf Investitionsentscheidungen, Herausforderungen der Unternehmensbewertung, Fragen zu Freibeträgen und Verschonungsregeln sowie Überlegungen zur Regionalisierung der Erbschaftsteuer. Zudem wird betont, dass die Beibehaltung der Verschonungsregelung für viele Unternehmen von zentraler Bedeutung ist.

Beschluss

Das DIHK-Präsidium beschließt das DIHK-Positionspapier „Erbschaftsteuer: Verschonung des Betriebsvermögens als Basis für Wachstum, Beschäftigung und Erhalt von Arbeitsplätzen“ unter Berücksichtigung der Diskussionsergebnisse.

Ergebnis

Zustimmung: 27

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

TOP 5 b: Auf dem Weg zur Savings- and Investment-Union: Die Bedeutung eines stärkeren europäischen Kapitalmarktes für die Unternehmen in Deutschland

Rainer Kambeck skizziert die Eckpunkte der DIHK-Position zur Stärkung der Kapitalmärkte. Er betont die Nachteile der zu kleinen und fragmentierten Kapitalmärkte in Europa sowie ungenutztes privates Kapital als zentrale Herausforderungen. Internationale Beispiele zeigten Vorteile besser entwickelter, größerer Kapitalmarktstrukturen. Ziel sei es, die Kapitalmärkte zu stärken, ohne die Bankfinanzierung zu schwächen. Abschließend verweist er auf eine Ergänzung durch die IHK Frankfurt am Main. Der Paragraf auf Seite 2 des Papiers soll um folgende Klammer ergänzt werden (s. Markierung in fett):

„Ein erfolgreicher Weg zur SIU erfordert daher einen klaren Fokus auf die Beseitigung von Barrieren und die Stärkung von Marktmechanismen, anstatt auf eine über-bordende Regulierung oder Zentralisierung als Selbstzweck (z. B. die Zusammenführung der Aufsichtskompetenz über Handelsplattformen bei der ESMA).“

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Manfred Gößl, Marcus Walden, Sebastian Stietzel, Ulrich Caspar und Rainer Kambeck. Die DIHK-Position wird begrüßt, sie sei ein richtiger erster Schritt.

Es wird aber auch hervorgehoben, dass die Position in Zukunft weiterentwickelt werden müsse. Angesprochen werden zudem die verschärften Kreditvergabebedingungen der Banken, die Rolle von Altersvorsorge-Systemen für größere Kapitalmarktvolumina sowie die Notwendigkeit, nationale Besonderheiten wie Einlagensicherungssysteme zu berücksichtigen. Insgesamt besteht Einigkeit darüber, dass weitere Schritte zur Stärkung der Kapitalmärkte erforderlich sind.

Beschluss

Das DIHK-Präsidium beschließt das DIHK-Positionspapier „Auf dem Weg zur Savings- and Investment-Union: Die Bedeutung eines stärkeren europäischen Kapitalmarktes für die Unternehmen in Deutschland“ unter Berücksichtigung der Diskussionsergebnisse.

Ergebnis

Zustimmung: 26

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

TOP 6: DIHK-Finanzen

- a. Einzel- und Konzernabschluss 31. Dezember 2025
- b. Bestellung der Wirtschaftsprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses 2026
- c. Bestellung der ehrenamtlichen Rechnungsprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses 2025

Knud Hansen trägt vor, dass die Wirtschaftsprüfer von Forvis Mazars dem vorliegenden Jahres- und Konzernabschluss 2025 der DIHK jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt haben. Sie haben außerdem die Ordnungsmäßigkeit der Buchhaltung, der Geschäftsführung, die Einhaltung des Haushaltsrechts und dabei insbesondere auch der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geprüft und für gegeben erachtet. Knud Hansen erläutert einzelne Aspekte.

Ulrich Plett, ehrenamtlicher Rechnungsprüfer der DIHK, berichtet zugleich auch im Namen von Thomas Wilk, ebenfalls ehrenamtlicher Rechnungsprüfer der DIHK, dass auch aus ihrer Sicht keine Einwendungen gegen den Einzel- und Konzernabschluss 2025 vorliegen. Sie empfehlen die Annahme der vorgelegten Beschlussvorschläge. Hendrik Jung (Forvis Mazars), verantwortlicher Wirtschaftsprüfer der DIHK, hat keine Anmerkungen zu den oben genannten Ausführungen und unterstützt die Ausführungen von Knud Hansen und Ulrich Plett.

Knud Hansen berichtet über das Ergebnis der neuen Ausschreibung zur Wirtschaftsprüfung. Aufgrund der turnusmäßigen Notwendigkeit einer Neuausschreibung wurde ein entsprechendes Verfahren durchgeführt. Der Haushaltsausschuss hat die eingegangenen Angebote geprüft und schlägt KPMG als zukünftigen Wirtschaftsprüfer vor. Diese Empfehlung wurde dem Geschäftsführenden Präsidium vorgelegt und bestätigt. Im Anschluss bedanken sich Knud Hansen und Peter Adrian ausdrücklich bei Hendrik Jung und Regine Hoffmann (Forvis Mazars) für die jahrelange Zusammenarbeit.

Peter Adrian schlägt vor, TOP 5 a-c im Block abzustimmen. Dazu gibt es keine Einwände.

Beschluss

Das DIHK-Präsidium empfiehlt der Vollversammlung der DIHK die Annahme nachstehender Beschlüsse:

1. Auf der Grundlage des zusammengefassten Berichts von Forvis Mazars zur Prüfung des Einzel- und Konzernabschlusses der DIHK 2025 wird der Jahresabschluss der DIHK 2025 genehmigt und damit festgestellt.

Die DIHK schließt das Jahr 2025 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -2.265 TEUR ab. Der Bilanzgewinn 2025 beläuft sich auf 21.045 TEUR. Davon entfallen 15.795 TEUR auf den DIHK-Wirtschaftsplan und 5.250 TEUR auf die Delegationen/Repräsentanzen (Del/Rep). Über das Del/Rep-Ergebnis kann auf Grund von verwendungsrechtlichen Restriktionen nicht verfügt werden:

(alle Angaben in TEUR)	DIHK-Wirtschaftsplan	Delegationen/ Repräsentanzen	Summe: DIHK-Jahresabschluss 2025
Jahresergebnis 2025	-3.194	+929	-2.265
Gewinnvortrag	+16.205	+4.321	+20.527
Saldo aus Entnahmen und Einstellungen in die Vorsorgen	+2.784	0	+2.784
Bilanzgewinn/ Bilanzverlust 2025	15.795	5.250	21.045

Von dem Bilanzgewinn des DIHK-Wirtschaftsplan in Höhe von 15.795 TEUR wurden bereits im Zuge der Feststellung des Wirtschaftsplans 2026 durch die Vollversammlung beschlussgemäß 5.128 TEUR zum Ausgleich des Wirtschaftsplans 2026 verwendet.

2. Der verfügbare Bilanzgewinn in Höhe von 10.667 TEUR wird auf neue Rechnung vorgetragen. Der Ergebnisvortrag ist spätestens im Wirtschaftsplan 2027 zu verwenden. Sollte der Ergebnisvortrag im Wirtschaftsplan 2027 nicht benötigt werden, wird eine Beitragsverrechnung vorgenommen. Zur Veranschaulichung dient nachfolgende Übersicht:

	<u>TEUR</u>
Bilanzgewinn 31. Dezember 2025 vor Verwendung	15.795
Planausgleich 2026 aus Ergebnis 2024	<u>5.128</u>
Bilanzgewinn 31. Dezember 2025	<u><u>10.667</u></u>

3. Die für den Konzernabschluss relevanten Jahresabschlüsse der verbundenen Unternehmen und der Unternehmen, an denen die DIHK eine Beteiligung hält (vgl. Übersicht Anlage 7, Seite 49 zum Prüfungsbericht von Forvis Mazars), werden zur Kenntnis genommen.
4. Der DIHK-Konzernabschluss 2025 wird billigend zur Kenntnis genommen. Im Konzern beläuft sich der Jahresfehlbetrag auf -1.350 TEUR. Hiervon unterliegen Überschüsse in Höhe von 2.740 TEUR (nach Konsolidierung; DIHK-Bildungs-gGmbH, GIC Taicang Ltd., GIC Hongkong Ltd.) zuwendungs- und/oder steuerrechtlichen Verwendungsrestriktionen.
5. Gemäß § 5 Abs. 2 Satz 2 Buchstabe d) DIHK-Satzung wird dem Präsidium und der Hauptgeschäftsführerin, Frau Dr. Helena Melnikov, der DIHK für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt.
6. Als ehrenamtliche Rechnungsprüfer für den Jahresabschluss 2026 werden die Herren Prof. Dr. Thomas Wilk, Potsdam, und Ulrich Plett, Berlin, vorgeschlagen.
7. Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses 2026
 - a) Als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zur Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses der DIHK 2026 wird KPMG bestellt.
 - b) Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG prüft ebenfalls die Ordnungsmäßigkeit der Wirtschaftsführung unter der Berücksichtigung der Grundsätze des staatlichen Haushaltsrecht gemäß § 10b Abs. 5 IHKG, führt eine Prüfung entsprechend § 53 HGRG durch und prüft die Verwendung der Bundeszuwendungen des BMWF für die Delegationen/Repräsentanzen und ggf. Sondervorhaben.

Ergebnis

Zustimmungen: 28

Ablehnungen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 7: Gründung neue Digitalgesellschaft

Robin Borrmann berichtet über den Stand der geplanten Verschmelzung der beiden Digitalgesellschaften IHKD und GfI zu einer neuen gemeinsamen Gesellschaft „IHK Gesellschaft für Digitalisierung“ (GDi). Er erläutert, dass die DIHK, neben den IHKs, ebenfalls einen formalen Beschluss zur Verschmelzung fassen muss. Er erläutert die parallele satzungsrechtliche Zuständigkeit von Geschäftsführenden Präsidium und Präsidium und die durch Beschluss des Geschäftsführenden Präsidiums am Vormittag desselben Tages ermöglichte einheitliche Beschlussfassung im Präsidium.

Die heute zur Entscheidung stehenden Beschlüsse entsprechen inhaltlich den Beschlüssen in den Vollversammlungen der beteiligten IHKs.

Beschluss

Das DIHK-Präsidium beschließt, die Anteile der DIHK

- a) an der IHK-Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH (IHK-GfI), Dortmund, in Höhe von 27,88 % sowie
- b) an der IHK DIGITAL GmbH (IHK DIGITAL), Berlin, in Höhe von 2,81 %

in eine neue Gesellschaft „IHK-Gesellschaft für Digitalisierung mbH“ im Wege der Verschmelzung zur Neugründung einzubringen. Stichtag der relevanten Schlussbilanzen ist der 31. Dezember 2025.

Die Hauptgeschäftsführerin wird bevollmächtigt, die hierfür notwendigen Erklärungen und Handlungen in beiden Gesellschafterversammlungen vorzunehmen.

Ergebnis

Zustimmungen: 29

Ablehnungen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 8: Neuberufung und Nachberufung der DIHK-Ausschüsse

Robin Borrmann berichtet, dass Ende 2026 in der Präsidiumssitzung die Neuberufung aller Mitglieder der DIHK-Ausschüsse für die Sitzungsperiode 2027-2031 ansteht. Er informiert über die Vorbereitung des Berufungsverfahrens sowie den geplanten zeitlichen Ablauf. Für die laufende Berufungsperiode 2023-2026 legt er eine Nominierungsliste zur Nachberufung von Mitgliedern der DIHK-Ausschüsse vor. Zusätzlich zu den vorab übermittelten Vorschlägen werden weitere Namen als Tischvorlage eingebracht.

Beschluss

Das DIHK-Präsidium beruft die Mitglieder für die laufende Berufungsperiode 2023 bis 2026 wie vorgeschlagen.

Ergebnis

Zustimmungen: 30

Ablehnungen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 9: Nachbesetzung im Beirat des IHK-Preises für Wirtschaftsjournalismus „Ernst Schneider“

Frank Thewes informiert, dass Achim Dercks aus dem Beirat zum IHK-Preis für Wirtschaftsjournalismus ausgeschieden ist und zudem die ehrenamtliche Vertreterin der Region Ost, Aspasia Opitz, ihr Mandat aufgrund einer beruflichen Umorientierung nicht mehr wahrnimmt. Da das Präsidium im März 2023 eine vierjährige Amtszeit festgelegt hat, müssen beide Positionen bis zum Ende der Beiratsperiode neu besetzt werden. Die Region Ost schlägt hierfür die Geschäftsführerin von Radio Potsdam, Juliane Sönnichsen, vor. Die DIHK-Hauptgeschäftsführung soll künftig durch Robin Borrmann vertreten werden.

Beschluss

- I. Das Präsidium beruft Aspasia Opitz aus dem Beirat ab.
- II. Das Präsidium beruft Juliane Sönnichsen als ehrenamtliche Vertreterin der Region Ost bis zum Ablauf der aktuellen Amtsperiode in den Beirat.
- III. Das Präsidium beruft Robin Borrmann als Vertreter der Hauptgeschäftsführung der DIHK in den Beirat.

Ergebnis

Zustimmungen: 27

Ablehnungen: 0

Enthaltungen: 0

[Anmerkung der Protokollantin: TOP 11 wird vorgezogen.]

TOP 11: Nachfolge DIHK-Präsident

Peter Adrian erläutert, dass seine Amtszeit endet und er nach sorgfältiger Abwägung nicht erneut kandidieren wird. Vor diesem Hintergrund informiert er über das mit dem geschäftsführenden Präsidium vereinbarte Verfahren zur Bestimmung seiner Nachfolge.

Kern des Prozesses ist eine Findungskommission, bestehend aus den Ehrenpräsidenten Ludwig Georg Braun und Erik Schweitzer sowie den Mitgliedern des geschäftsführenden Präsidiums. Für die Wahl gelten die formalen Kriterien des IHKG und der DIHK-Satzung, wonach wählbar nur ist, wer der Vollversammlung einer IHK angehört und – entsprechend § 16 Abs. 1 DIHK-Satzung – idealerweise dem Präsidium der eigenen IHK. Er schlägt zudem als weitere bewährte Kriterien für das Amt unternehmerische Eigentümerschaft sowie die Vertretung eines mittelständischen Unternehmens vor. Ziel ist es, der DIHK-Vollversammlung am 26. November 2026 einen Wahlvorschlag zu unterbreiten. Die geheime Wahl erfolgt turnusgemäß in der darauffolgenden Frühjahrssitzung 2027.

[Anmerkung des Protokollanten: TOP 12 wird vorgezogen.]

TOP 12: Aktuelles, Ausblick und Termine

Peter Adrian bittet die Mitglieder darum, über ein Tool Feedback zur Sitzung zu geben. Weiterhin gibt er die nächsten Termine bekannt:

IHK-Tag

6. Mai 2026	IHK-Tag und Abendveranstaltung
7. Mai 2026	IHK-Tag

Gremiensitzungen

24. Juni 2026	GP und Vorabend in Berlin
25. Juni 2026	DIHK-Präsidiumssitzung in Berlin
25. November 2026	GP, DIHK-Präsidiumssitzung und Vorabend in Berlin
26. November 2026	DIHK-Vollversammlung in Berlin

TOP 10: Gastvortrag Thorsten Frei

Peter Adrian begrüßt Bundesminister Thorsten Frei und verweist einleitend auf die aktuellen Debatten zu Erbschaft und Unternehmenssteuern.

Thorsten Frei skizziert den wirtschaftlichen Zustand Deutschlands mit anhaltend schwachem Wachstum seit 2019 und verweist auf zentrale Maßnahmen der Bundesregierung, darunter Personalreduzierungen im öffentlichen Dienst, beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren, die föderale Modernisierungsagenda und das Sondervermögen. Er hebt bereits beschlossene Entlastungen wie die Senkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe, die Abschaffung der Gasspeicherumlage und den Zuschuss zu den Netzentgelten hervor und erläutert weitere geplante Schritte bis zur perspektivischen Senkung der Körperschaftsteuer ab 2028. Zugleich betont er strukturelle Herausforderungen wie hohe Energiepreise, Bürokratie und wachsende Sozialversicherungsbeiträge, die ohne umfassende Reformen weiter zunehmen würden.

An der Diskussion beteiligen sich Ralf Stoffels, Ulrich Caspar, Jan Stefan Roell, Uwe Goebel, Susanne Szczesny-Oßing, Andreas Engel, Torsten Herrmann, Marcus Walden und Heike Wenzel. In der

Diskussion werden insbesondere folgende Punkte hervorgehoben: die Sorge, dass der *Industrial Accelerator Act* und ein „Buy European“-Ansatz der deutschen Wirtschaft eher schaden und zusätzlichen Bürokratieaufbau erzeugen könnten; der Wunsch nach spürbarem Bürokratieabbau, insbesondere bei Berichtspflichten und Genehmigungsprozessen; die Frage nach der Zielrichtung der Transformation und der fehlenden Planungssicherheit für Unternehmen; die Bedeutung einer wirksamen Anreizsetzung im Wohnungsbau; sowie der Bedarf, regulatorische Vorgaben grundsätzlich zu überprüfen und zwischen zwingenden und optionalen Regelungen zu unterscheiden. Übergreifend machen die Teilnehmenden deutlich, wie stark die aktuellen Standortbedingungen die Unternehmen in Deutschland belasten. Hohe Energiepreise, steigende Arbeitskosten und zusätzliche Vorgaben, wie etwa das Bundestariftreuegesetz, verschärfen den Druck spürbar. Daraus leitet sich ein klarer Handlungsauftrag an die Bundesregierung ab, die strukturellen Probleme jetzt entschlossen anzugehen und die Rahmenbedingungen für Investitionen und Wachstum zu verbessern.

Peter Adrian verabschiedet Herrn Bundesminister Frei und beendet die Sitzung im Anschluss.

Dr. Helena Melnikov

23. April 2026